

# KOALITIONSVERTRAG



## **„Erika Steinbach verbreitet fake news zur Stiftungs- finanzierung“**

- Finanzierung der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung ist kein juristischer Automatismus
- Die staatliche Förderung der extrem rechten Erasmus-Stiftung muss verhindert werden – das bestätigen nicht zuletzt die jüngsten Entgleisungen Steinbachs bei „Jung & Naiv“
- Bildungsstätte Anne Frank fordert neue Bundesregierung auf, ausschließlich demokratische Stiftungen zu fördern und endlich Stiftungsgesetz zu verabschieden

**Erika Steinbach, ehemalige CDU-Politikerin und Bewerberin um eine Mitgliedschaft in der AfD, wird am heutigen Donnerstag bei einer Pressekonferenz, die in der Bundespresskonferenz um 14 Uhr stattfindet, vermutlich abermals die sofortige Finanzierung der von ihr geführten AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung durch den Bundeshaushalt fordern.**

Der Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main, Meron Mendel, warnt davor, ihren Behauptungen zur Stiftungsfinanzierung Glauben zu schenken: „Erika Steinbach legt ein hohes Maß an Unverfrorenheit an den Tag, wenn sie uns weismachen will, dass der extrem rechten Erasmus-Stiftung die staatliche Förderung automatisch zustehe – denn das ist nicht der Fall. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es zu keiner Zeit eine juristische Verpflichtung zur staatlichen Finanzierung parteinaher Stiftungen. Das zeigen die Fälle der Rosa Luxemburg-Stiftung und Heinrich-Böll-Stiftung.“ Die der heutigen Linkspartei nahestehende RLS erhielt beispielsweise erst 1999 Mittel aus dem Staatshaushalt – sechs Jahre, nachdem die PDS 1993 die Finanzierung beim Bundesverfassungsgericht eingeklagt hatte. Erst am Mittwoch hatte Steinbach im Live-Interview mit dem Journalisten Tilo Jung (Jung & Naiv) wieder die Falschbehauptung geäußert, ihrer Stiftung stünden sechs Millionen Euro zu.

„Um das menschenverachtende Programm ihrer Erasmus-Stiftung schnellstmöglich finanziert zu sehen, verbreitet Frau Steinbach *fake news* und scheint die demokratischen Prozesse des Bundestags am liebsten umgehen zu wollen“, kommentiert Meron Mendel die Aktivitäten Steinbachs. „Die völlig intransparenten Regelungen bei der Vergabe der finanziellen Mittel an die parteinahen Stiftungen in Deutschland sind ihr dabei natürlich dienlich. Es ist höchste Zeit, in Deutschland endlich eine gesetzliche Grundlage für die Finanzierung parteinaher Stiftungen auf den Weg zu bringen. Wir wollen die Ampel an ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag erinnern: Es gilt, diese Gesetzeslücke zu schließen und zu verhindern, dass wir rechtsextreme politische Bildung aus dem Bundeshaushalt finanzieren.“

Der Haushaltsentwurf 2022 der Ampelkoalition ist wohl auch Anlass der heutigen Steinbach-Pressekonferenz. Er wird in den nächsten Tagen fertiggestellt und in den kommenden Wochen zur Kommentierung bereitstehen, um schließlich Ende Mai vom Bundestag verabschiedet zu werden. In diesem Haushaltsentwurf ist wie jedes Jahr der Posten von rund 700 Millionen Euro zur Finanzierung parteinaher Stiftungen enthalten, ohne dass diese mit inhaltlichen Kriterien verknüpft wäre. In der Vergangenheit war aus diesem Umstand ein Gewohnheitsrecht entstanden, demzufolge Stiftungen dann finanziert wurden, wenn sie „eine dauerhaft ins Gewicht fallende politische Grundströmung repräsentieren“ (BVG-Urteil von 1986). Wann dies der Fall ist, wurde allerdings nie exakt definiert.

Dazu Meron Mendel: „Die Bildungsstätte Anne Frank fordert die politisch Verantwortlichen seit langem dazu auf, endlich ein Stiftungsgesetz zu verabschieden, das sicherstellt, dass nur diejenigen Stiftungen staatlich gefördert werden, die sich an die Spielregeln einer demokratischen Gesellschaft halten. Die Erasmus-Stiftung, deren Programm verschwörungstheoretische und demokratiezersetzende Einstellungen befeuert, die zu einer Partei gehört, deren Mitglieder zu großen Teilen wegen extremistischer Aktivitäten vom Verfassungsschutz beobachtet werden und die nur unzureichend Transparenz über ihre Strukturen herstellt, disqualifiziert sich nach unserem Demokratieverständnis selbst für eine Finanzierung demokratischer Bildungsarbeit!“

Die **jüngsten verbalen Entgleisungen von Steinbach** bestätigen, dass die staatliche Förderung der Erasmus-Stiftung gestoppt werden muss. Im Interview mit „Jung & Naiv“

verharmlost sie etwa rechten Terror mit dem Kommentar, es müsse doch nicht zu Jahren Haft verurteilt werden, wer „irgendeinen Böller auf eine Moschee oder eine Synagoge schießt.“ Angesprochen auf die antidemokratischen Haltungen des Personals an der Stiftungsspitze winkt sie ab: Den zum inneren Kreis der extrem rechten Initiative „1 Prozent“ gehörende Karl Albrecht Schachtschneider, der auch Verbindungen zum rechtsextremen „Institut für Staatspolitik“ von Götz Kubitschek hat, nennt Frau Steinbach einen „anerkannten Juristen“. Der unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehende Hausphilosoph der AfD, Marc Jongen, ist für Steinbach ein „kluger Kopf“ – das Gutachten des VS „interessiert mich nicht“. Befragt auf zahlreiche antipluralistische Äußerungen Jongens („Der Pass alleine macht noch keinen Deutschen.“; „Als AfD sind wir deshalb dafür, das Abstammungsprinzip wieder einzuführen.“; „Wer diese Selbstabschaffung nicht will, für den bleibt nur der Weg offen, die eigene Selbstbehauptungskräfte zu verjüngen, indem man sich auf die genetischen Grundlagen der Natur besinnt.“) sagt Steinbach: „Das ist eine im Sinne der Meinungsfreiheit zulässige Meinung.“ (Jung & Naiv: Folge 558 – YouTube <https://www.youtube.com/watch?v=0YamYtA9D6M>)

Nicht zuletzt verweist die Bildungsstätte Anne Frank auf den „**Aktionsplan gegen Rechts**“ der neuen Bundesinnenministerin Nancy Faeser, mit dem diese rechtsextreme Netzwerke samt ihrer Finanzierung bekämpfen will. Mendel: „Eine Regierung, die sich den Kampf gegen Rechts auf die Fahnen schreibt und gleichzeitig eine rechtspopulistische Propagandaorganisation alimentiert, macht sich lächerlich! Wir erwarten von der neuen Regierung, dass der Haushaltsentwurf die Förderung von Verfassungsfeinden ausschließt.“

### Weitere Informationen

Die Bildungsstätte Anne Frank beobachtet die Aktivitäten der Erasmus-Stiftung und ihres Führungspersonals seit 2018 und klärt seit Ende 2020 im Rahmen der Kampagnen „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ und „Kein Geld für die AfD“ über die AfD-Stiftung auf.

Die Anfang September gestartete Website [www.kein-geld-fuer-die-afd.de](http://www.kein-geld-fuer-die-afd.de) bietet – neben vielen Informationen zum Thema – Unterstützung dabei, ausgewählte Politiker\*innen anzuschreiben und sie dazu aufzufordern, dass sie die Finanzierung aus Steuergeldern verhindern müssen. Die Aktion stieß auf großen Anklang – 40.000 Emails waren in den ersten Tagen an Politiker\*innen und Abgeordnete verschickt worden; innerhalb weniger Tage war dann auch der Server unter der Belastung zusammengebrochen.

**Prominente Künstler\*innen, Organisationen und Influencer\*innen wie Marc-Uwe Kling und das Känguru, Comic-Zeichner Ralf Ruthe, der Autor Max Czollek oder der Comedian Jan Böhmermann warnen vor der DES.**

zdf Magazin Royal, 8.10.2021



DIE KÄNGURU-COMICS



06.09.2021, erschienen bei Twitter @realMarcUwe

Im Juni hatte die Bildungsstätte Anne Frank ein Bündnis zahlreicher **Organisationen der Zivilgesellschaft** initiiert, das in einem „**Manifest für die politische Bildung**“ vor der Desiderius-Erasmus-Stiftung warnt und die Fraktionen im deutschen Bundestag dazu auffordert, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, das u.a. den Ausschluss von Verfassungsfeinden von der öffentlichen Förderung sicherstellt.

Erstunterzeichnende: Amadeu Antonio Stiftung, Bildungsstätte Anne Frank, Campact e.V., Deutscher Gewerkschaftsbund, Fridays for Future, Gesicht Zeigen, Katholische Akademie Rabanus Maurus, medico international, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V., Pro Asyl, Stiftung Topographie des Terrors, die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di sowie der Zentralrat der Juden in Deutschland.

[www.stiftungstrick-der-afd.com/manifest-der-zivilgesellschaftlichen-organisationen/](http://www.stiftungstrick-der-afd.com/manifest-der-zivilgesellschaftlichen-organisationen/)

Zusammen mit dem ehem. MdB Volker Beck hat die Bildungsstätte am 21. April ein Eckpunktepapier für ein ‚Wehrhafte-Demokratie-Gesetz‘ vorgestellt: Das Papier argumentiert, dass und wie die politische Bildung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden kann – eine Art **Demokratie-TÜV für politische Stiftungen**

[www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Pressemitteilungen/2021-PMs/Pressekit\\_Demokratie-TÜV.pdf](http://www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Pressemitteilungen/2021-PMs/Pressekit_Demokratie-TÜV.pdf)

Im Kampagnenvideo „Vorsicht vor dem Stiftungstrick“ warnen Persönlichkeiten aus Politik, Zivilgesellschaft und Kultur vor der DES – u.a. der ehem. CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz, die ehemalige **Sea-Watch-Kapitänin Carola Rackete**, der **Kabarettist Max Uthoff** (Die Anstalt), die deutsch-französische Journalistin **Beate Klarsfeld** und **Christoph Lübcke**, Sohn des ermordeten CDU-Politikers vor der DES.

[www.stiftungstrick-der-afd.com](http://www.stiftungstrick-der-afd.com)  
[www.youtube.com/c/BildungsstaetteAnneFrank](https://www.youtube.com/c/BildungsstaetteAnneFrank)

2018 initiiert die Bildungsstätte einen Offenen Brief namhafter Wissenschaftler\*innen und Expert\*innen im Feld der historisch-politischen Bildung an Bundesinnenminister Horst Seehofer unter dem Stichwort „**Kein Geld für Geschichtsrevisionismus**“ und warnt als erste Akteurin öffentlich vor der Gefahr durch die öffentliche Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung

<https://www.openpetition.de/petition/online/keine-steuergelder-fuer-geschichtsrevisionismus>

## **Bildungsstätte Anne Frank – Zentrum für politische Bildung & Beratung**

Als Zentrum für politische Bildung und Beratung Hessen mit Standorten in Frankfurt/Main und Kassel entwickelt die Bildungsstätte Anne Frank innovative Konzepte und Methoden, um Jugendliche und Erwachsene gegen Antisemitismus, Rassismus und verschiedene Formen von Diskriminierung zu sensibilisieren – und für die aktive Teilhabe an einer offenen und demokratischen Gesellschaft zu stärken.

Als Teil des Kompetenznetzwerk Antisemitismus (Kompas) gehört die Bildungsstätte Anne Frank zu den fünf bundesweit tätigen Organisationen mit langjähriger Erfahrung in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritische Bildungsarbeit und der Beratung von Betroffenen sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle.

Die Bildungsstätte Anne Frank vernetzt verschiedene Gruppen und Communities und bringt sie miteinander ins Gespräch – im Rahmen von wechselnden Sonderausstellungen, öffentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltungen sowie Konferenzen und Fachtagen.

Lehrkräfte und Pädagog\*innen erhalten Beratung in akuten Konfliktfällen sowie zum Umgang mit Radikalisierung und radikalisierten Jugendlichen. Zwei hessische Beratungsstellen sind in der Bildungsstätte Anne Frank angesiedelt: response unterstützt Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, das ADiBe-Netzwerk berät Menschen, die Diskriminierung erfahren haben. Auf dem Meldeportal [hessenschauthin.de](https://hessenschauthin.de) können rechte und rassistische Vorfälle gemeldet werden.

# **#KeinGeldFürDieAfd**

# **#NoAfDStiftung**

### **Eva Berendsen**

Ansprechpartnerin für  
die Presse

T. (+49)69 560 00 - 232  
M. [eberendsen@bs-anne-frank.de](mailto:eberendsen@bs-anne-frank.de)  
→ [bs-anne-frank.de](https://bs-anne-frank.de)

Hansaallee 150 |  
60320 Frankfurt am Main